

Die Berliner Schulbauoffensive – eine erste Zwischenbilanz

Claus Käßlinger

Am 11. April 2017 startete der Berliner Senat die erste Phase der Berliner Schulbauoffensive mit der Absicht, Investitionen in den Neubau und die Sanierung von Schulen erheblich zu beschleunigen. Das ehrgeizige Ziel? Bis 2030 sollen nicht nur durch Neubau von mindestens 60 Schulen sowie durch Erweiterungen 70.000 neue Schulplätze geschaffen werden, sondern auch der Sanierungsstau im Bestand deutlich abgebaut werden. „Neue und zeitgemäße Wege“ sollten dazu beschritten werden, um die Schulinfrastruktur in pädagogischer und architektonischer Hinsicht auf den neuesten Stand zu bringen, wozu man ebenfalls im April 2017 die Ergebnisse einer interdisziplinären Arbeitsgruppe unter dem Titel „Berlin baut Bildung“ in zwei Bänden publizierte, die mit der Compartment-Schule eine neue Schulbautypologie zum neuen Maßstab erhob.

Eines der größten Investitionsprogramme Berlins sowie die „Taskforce Schulbau“ unter Leitung von Norbert Illiges wurden seitdem geschaffen. Der Berliner Senat investierte bis Anfang 2022 rund 3,7 Mrd. Euro in die Programme und will bis 2026 noch weitere 6,8 Mrd. Euro ausgeben. Nach der aktuellen Finanzplanung 2022–2026 sind 62 neue Schulen angestrebt, wozu der Finanzrahmen für die Berliner Schulbauoffensive auf jährlich

mindestens 700 Mio. Euro erheblich erhöht wurde: 500 Mio. Euro für Neubau sowie Erweiterungen und 200 Mio. Euro für den baulichen Unterhalt.

MEB- und Compartment-Schulen

Trotz Corona und allgemeiner Kostensteigerungen konnten seitdem mehr als ein Dutzend Neubauten errichtet werden: Beim Gros handelt es sich um Modulare Ergänzungsbauten (MEB), von denen 60 weitere in Planung sind – davon 30 in Holzmodulbauweise, aber auch eine erste ganze Schule nach dem neuen Compartment-Konzept, die im Sommer 2023 fertig gestellt werden konnte. 19 weitere Schulen dieser Art sind als 3- und 4-zügige Grundschulen in Planung, u.a. etwa als gestapelte Schulen, den sogenannten „2in1-Schulen“ an den Standorten Wollenberger Straße/Gehrenseestraße und Hohenschönhauser Straße. Daneben baut nun auch die landeseigene HOWOGE Wohnungsbau-gesellschaft mbH, die sich in den letzten Jahren zu einer Hauptakteurin der Berliner Schulbauoffensive entwickelte, 20 weitere neue Schulen im Rahmen der öffentlich-öffentlichen Partnerschaft (HOWOGE-ÖÖP-Modell), von denen nun mehrere zum Schuljahr 2024/25 übergeben werden sollen.

Nach mehreren Jahrzehnten geringer Investitionen in die Schulinfrastruktur Berlins, von Schulverfall und Container-Provisorien hat sich also seit 2017 sehr viel getan. Gewaltige Finanzmittel und Ressourcen investiert das Land Berlin heute in seine Schulbauoffensive. Doch Quantität bedeutet oft nicht Qualität, was man schon zu Beginn der Offensive erkennen konnte, als mit den Argumenten möglichst schnellen wie kostengünstigen Planens und Bauens erst einmal die Umsetzung des neuen Compartment-Schulkonzepts auf spätere Verfahren verschoben wurde. Deshalb konnten erst jetzt zum Schuljahr 2023/2024 die ersten Compartment-Schulen fertiggestellt werden. Dagegen setzt der Berliner Senat immer mehr auf beliebig oft reproduzierbare Modulschulen in der Hoffnung, damit Baukosten und –zeiten erheblich reduzieren zu können. Sogenannte Paket-Ausschreibungen für vier bis zehn neue Modulschulen oder –ergänzungsbauten erfreuen sich so großer Beliebtheit in der Berliner Senatsverwaltung und Politik.

Mehr Wettbewerb wagen

Doch schon die ersten MEB mit Betonfertigteilen-, Holzverbundkonstruktionen und zunehmend Holz allein, die zumeist weiterhin dem alten Konzept der Flurschule folgten, zeigten

auf, dass sie zwar schnell vor Ort errichtet werden konnten, aber oft erheblich teurer gierten. Eine Erkenntnis, die immer mehr um sich greift angesichts der beschränkten Anzahl von Generalunternehmern und -planern, die genügend Kapazitäten besitzen, um nicht nur eine, sondern gleich mehrere Schulen in Paket-Ausschreibungen zu errichten. Während kleinere Generalunternehmer und -planer kaum solche großen Volumina bewältigen können, haben auch die wenigen Großen Probleme, mehr als vier Schulen in einem Jahr zu beginnen. Ganz zu schweigen davon, dass weniger Anbieter zumeist auch weniger Wettbewerb bedeutet. Mehrfach mussten so in den letzten Jahren Ausschreibungen wiederholt werden, um überhaupt eine akzeptable Anzahl von Angeboten zu erhalten.

Hier erwiesen sich die Zugangskriterien von Jahresumsatz und Referenzprojekten von signifikanter Größe als maßgebliche Eignungskriterien für Baufirmen wie Architekten als eine zu gewaltige Hürde, die allzu viele von einer Teilnahme ausschließt und den Wettbewerb deutlich einschränkt. Innovationen und kreativen Potenzialen werden in diesem System leider nur sekundär, wenn nicht sogar tertiär Beachtung geschenkt, was besonders in einer Stadt schmerzt, die sich rühmt, eine Architekturmetropole von internationalem Rang zu sein. Selbst bei den oft vorgeschalteten Auswahlverfahren zur Teilnahme bleibt das Gros der Berliner Archi-

tekturbüros außen vor, die als kleine oder mittelständische Akteurinnen und Akteure nur geringe Chancen haben, an den VOB-Verfahren teilnehmen zu dürfen. Schulbau ist in Berlin eine exklusive Bauaufgabe geworden, die auch kaum mehr der jungen Generation von Planenden Chancen der Teilhabe einräumt, obwohl es immer wieder die Jungen waren, die neue Ideen, Wege und Lösungen in den Schulbau einbrachten.

Mehr Mut, von Anderen zu lernen

Während andere Länder wie Dänemark, Finnland, Österreich, die Niederlande oder sogar Brandenburg aktuell bei ihren Bildungsbauten auf innovative wie kreative Lösungen und ein Optimum an Vernetzungen mit dem jeweiligen Standort und Quartier setzen, droht in Berlin eine Wiederholung alter Fehler, zu sehr auf zu wenige serielle, beliebig reproduzierbare Standardlösungen zu bauen. Völlig vergessen scheint das Debakel um das 1970 in Berlin aufgelegte „Sonderprogramm Oberschulbau“, mit dem 13 Mittelstufenzentren und zwei Gesamtschulen – damals in Kooperation mit der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO – mit Leasingmodellen und rasch ausufernden Planungsteams gebaut wurden, ganz ähnlich zur heutigen Kooperation der Senatsverwaltung mit der HOWOGE. Schon 1974 stand jedoch fest, dass diese Schulen Berlin erheblich mehr kosteten als geplant und zudem bereits in den Achtzigern wegen ihrer vielen pädagogisch-räumlichen Defizite und Asbestbelastungen saniert oder abgerissen werden mussten.

Obwohl sich die Architektenkammer Berlin von Anfang an immer wieder konstruktiv in die Schulbauoffensive und das Compartment-Schulkonzept einbrachte, blieben jedoch ihre Bedenken wie auch die der Fachgemeinschaft Bau bislang ungehört, dass kleinere „Lose“ bzw. Pakete mehr mittelständischen Unternehmen nicht nur eine Teilnahme, sondern auch eine größere qualitative Vielfalt im Schulbau ermöglichen könnten. Gerade die vom Senat wieder geliebten Planungsteams werden heute von vielen Planenden und Bauenden stark kritisiert. Die Verantwortung werde auf allzu viele Fach-

planende verteilt, die die Planungsprozesse verlängern und erschweren, aber von den Generalplanern und Generalunternehmern bei ihren Kostenangeboten der Verhandlungsverfahren verbindlich zugesagt werden müssen.

Wenige Leuchtturmprojekte wie u. a. der ambitionierte Schulkomplex an der Allee der Kosmonauten von PPAG oder der vorbildliche Wettbewerb Sandino-Straße mit Wolterreck Fitzner Architekten können nicht darüber hinweg täuschen, dass Berlin aktuell mehr auf Quantität als auf Qualitäten setzt. Dabei handelt es sich bei der Aufgabe Schulbau um die vielleicht wichtigsten Räume unserer Stadtgesellschaft, wo die Jüngsten ihre ersten prägenden gesellschaftlichen Erfahrungen machen werden. Gerade in einer zunehmend verdichteten Stadt kommt besonders den Freiräumen und einer möglichst vielfältigen funktionalen Vernetzung der Bauten mit ihren oftmals prekären Quartieren eine erheblich gestiegene Relevanz zu, die aber offenbar heute in Berlin ganz entgegen dem Modell Wien nur wenig Berücksichtigung erfährt. Hier wäre eine Öffnung der Verfahren für kleinere und mittlere Büros und Bauunternehmen besonders empfehlenswert, die neue und kreativere Lösungen begünstigen und gerade auch bei der Sanierung und Umbau von Altbauten zum Einsatz kommen könnte, die in den nächsten Jahren zweifellos deutlich zunehmen werden.

Aller Kritik zum Trotz bleibt anzuerkennen, dass vieles in Berlin in den letzten Jahren geleistet wurde und fast jedes erfolgreiche Schulbauprogramm verschiedene Lernphasen zu durchschreiten hat und nicht selten erhebliche Korrekturen erfahren muss. Viele neue Schulen und Schulerweiterungen und noch mehr Schulsanierungen sind noch nicht vergeben. Noch kann korrigiert werden und die Teilhabe möglichst vieler Akteurinnen und Akteure gefördert werden, um den künftigen Generationen von Schülerinnen und Schülern Bildungsbauten nicht als Stapelsteinen, sondern als sehr lebendige wie vielfältige Orte erfahren zu lassen, die es lohnen entdeckt und angeeignet zu werden. Dem Raum als vierten Pädagogen kommt heute mehr denn je eine bedeutende Rolle zu, der aber kaum mit austauschbaren Modulschulen erfüllt werden dürfte. □



© WOLTERECK FITZNER Architekten BDA

Wettbewerb Sandino-Straße,
Perspektive des Gewinnerprojektes,
Wolterreck Fitzner Architekten

„Da muss sich das gesamte Mindset ändern“

Ayhan Ayrylmaz und Georg Wasmuth im Gespräch mit Jürgen Tietz über Denkmalpflege und Bauen im Bestand



v. l. n. r.: Jürgen Tietz, Ayhan Ayrylmaz und Georg Wasmuth

Ayhan Ayrylmaz ist Vizepräsident der Architektenkammer Berlin und Direktor der Abteilung Architektur der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten. Dort ist er sowohl für Planung von Neubauten als auch für die Sanierung und Erhaltung von rund 600 Baudenkmalen zuständig. Mit seinem „Büro West“ ist Georg Wasmuth seit vielen Jahren Kontaktarchitekt der Berliner Denkmalpflege. Als einer der besten Kenner der Berliner Denkmallandschaft ist er aktuell u. a. mit der denkmalgerechten Umgestaltung des Flughafens Tegel zur „Urban Tech Republic“ befasst. Georg Wasmuth engagiert sich als Vorsitzender im Arbeitskreis Denkmalschutz und Denkmalpflege, für den Ayhan Ayrylmaz als Vorstandsmitglied zuständig ist.

Tietz: Sie beide setzen sich seit vielen Jahren als Architekten mit Denkmalen auseinander. Wie beurteilen Sie das aktuelle Verhältnis zwischen amtlicher Denkmalpflege und Architektenschaft?

Ayrylmaz: Für mich ist es unbestritten, dass wir froh sein können, dass es die Denkmalbehörden gibt. Ohne sie würden wir in Berlin viele Orte nicht mehr wiedererkennen. Meines Erachtens ist es wichtig, dass Architektinnen und Architekten und Denkmalpflege sich gemeinsam der Aufgabe widmen und darauf vertrauen können, dass sie bei einem Projekt im Grundsatz in dieselbe Richtung wollen. Man muss aus der sehr verbreiteten Denkweise herauskommen, dass die Architektinnen und Architekten dem Bauwerk meist böses wollen und die Denkmalpflege als „Anwalt des Denkmals“ das Bauwerk retten muss.

Natürlich gibt es auch Planende, die sehr unsensibel und nicht denkmalgerecht an die Aufgabe herangehen. Das ist bedauerlich, und daran muss man arbeiten.

Wasmuth: Ich bin ein glühender Anhänger des Denkmalschutzes, und ich würde ihn lieber erweitert sehen als verschmälert.

Ayrylmaz: Wichtig ist doch, dass sich Planende noch mehr und professioneller mit dem Thema Bestandsbau und Denkmal befassen.

Dabei kann die Architektenkammer mit ihrem Fortbildungsprogramm übrigens eine gute Partnerin sein. Bau- und Gartendkmale nehmen im Vergleich doch nur einen überschaubaren Teil von bundesweit geschätzten 3 Prozent aller Objekte ein. Tatsache ist, dass der Bestandsanteil in Deutschland aus rund 19 Millionen bestehenden Bauwerken besteht und etwa 70 Prozent des Bauvolumens im Bestand stattfinden. Eine gigantische Größenordnung.

Wasmuth: Völlig richtig. Deshalb sagen Denkmalpfleger auch: „Ehe ihr Architektinnen und Architekten uns kritisiert, fasst euch an die eigene Nase.“ Ich denke, dass wir mehr Diskussion für und innerhalb des Denkmalschutzes brauchen. Es ist schade, dass sich der Denkmalschutz wie in einer Burg einmauert, weil er von jeder Seite angegriffen wird. Die Denkmalpflege wird nicht nur von der Politik oft als Hindernis angesehen. Wenn es ihm gelänge, seine Kompetenz mehr nach außen zu tragen, dann würde der Denkmalschutz positiver wahrgenommen werden.

Tietz: Wie kann es gelingen, die Kompetenz der Denkmalpflege im Zeichen der Bauwende nutzbar zu machen?

Ayrylmaz: Wir haben leider eine Verwaltungs- und Gesetzkultur, die noch auf den Neubau ausgerichtet ist, und das versuchen wir auf den Bestand zu übertragen, und das gelingt mehr oder weniger gut. Das betrifft alle Regelwerke. Beispielsweise darf man nach gängiger Anwendung zwingend einzuhaltender Regelwerke Bauleistungen nur ausschreiben und durchführen lassen, wenn diese eindeutig und erschöpfend beschrieben werden können. Das geht bei einem Denkmal und im Bestand gar nicht. Da wird man – trotz bester Vorbereitung und Untersuchungen – immer wieder überrascht. Ein weiteres Problem ist ein falsches Anreizsystem. Noch immer gibt es am meisten Hono-

rar, wenn viel und aufwendig geplant und gebaut wird. Ich würde einem Haustechniker gerne doppelt so viel bezahlen, wenn er mir dafür halb so viel Haustechnik einbaut. Daran hat er aber gar kein Interesse, denn je mehr verbaut wird, desto höher sind die Honorare. Sie fahren wirtschaftlich am besten mit Neubauten und nicht mit dem zurückhaltenden Umbau des Bestands. Das sollte genau umgekehrt sein.

Tietz: Also braucht es eine Umbauordnung?

Ayrimaz: Ja. Aus meiner Sicht brauchen wir eine Umbauordnung, die ein anderes Regelwerk schafft.

Tietz: Können für eine solche Umbauordnung die Kenntnisse der Denkmalpflege weiterhelfen?

Wasmuth: Sehr!

Ayrimaz: Das Tolle ist ja, dass denkmalmethodisches und denkmalpraktisches Vorgehen mit Blick auf die Nachhaltigkeit gerade eine Blüte erlebt. Man könnte sagen, die Denkmalpflege ist der Inkubator der Bauwende: intensive Befassung mit dem Vorhandenen, Forschung, Dokumentation, Reparaturfreudigkeit, handwerksgerechte Verbindungen, Rückbaumöglichkeit, Verzicht auf Verbundmaterialien, weniger Haustechnik, Wiederverwendbarkeit von Baustoffen. All das sind Themen, die hoch aktuell sind und bei denen wir von der Erfahrung der Denkmalpflege lernen können.

Wasmuth: Wir kämpfen zusammen mit der Denkmalpflege gegen die überdimensionierten Anforderungen an die Gebäude. Es wäre schön, wenn es in der Denkmalpflege eine Stelle geben würde, die sich mit jenen Fragen beschäftigt, die immer wieder auftauchen, wie der Fassadendämmung oder dem Brandschutz.

Ayrimaz: Ich glaube, es ist unsere Aufgabe als Architektinnen und Architekten, sich mit der richtigen Herangehensweise bei der Arbeit mit Bestandsgebäuden zu beschäftigen. Da reicht eine einfache Grundlagenermittlung nicht aus. Stattdessen benötigt es eine vertiefte Archivrecherche, um zu klären, wie ein Gebäude genutzt wurde, wo seine Qua-

litäten liegen und was es leisten kann.

Wasmuth: Es sollte eine Bauforschung geben, die auch aufzeigt, wie ein Haus repariert werden kann.

Ayrimaz: Du meinst, die Denkmalbehörden sollten Reparaturvarianten bereithalten?

Wasmuth: Warum nicht?

Ayrimaz: Mir wäre das zu kurz gegriffen. Ich sehe das als eine Gemeinschaftsaufgabe von allen Akteurinnen und Akteuren. – maßgeblich von Architektinnen und Architekten, aber auch von Handwerksbetrieben und Hochschulen.

Wasmuth: Das stimmt natürlich. Aber in der Denkmalpflege wird mehr mit Denkmalen umgegangen, als das eine Architektin oder ein Architekt je in seinem Berufsleben tun wird. Dieses Knowhow sollte besser genutzt werden können.

Tietz: Wie kann das gelingen?

Ayrimaz: Es herrscht immer noch eine Haltung vor, ein Haus sich selbst zu überlassen, sobald es fertig ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob Denkmal, Bestandsbau oder Neubau. Es ist – gerade im öffentlichen Sektor – schwieriger, das Geld für einen angemessenen Bauunterhalt zu bekommen, als ein Gebäude auf Verschleiß zu fahren und es nach 20 Jahren mit eingeworbenen Investitionsmitteln erneut zu sanieren. Da muss sich das gesamte Mindset ändern!

Tietz: Mit Pflegeplänen hält die Denkmalpflege eine gute Antwort vor.

Ayrimaz: Genau. Wenn wir beispielsweise unsere Holzfenster in Berlin erhalten wollen, die nicht nur stadtbild- und identitätsprägend sind, sondern auch eine hervorragende Ökobilanz aufweisen, dann müssen wir sie eben regelmäßig streichen und instandhalten.

Wasmuth: Im städtebaulichen Denkmalschutz hatten wir vorgeschlagen, neben den investiven Mitteln für den Umbau auch Geld für die Pflege in den Folgejahren einzustellen. Das ist uns nicht gelungen. Es ist ein Riesenproblem, wenn Denkmale mit viel Muße hergerichtet werden und dann wieder verfallen, weil es nicht genügend Geld für den Unterhalt gibt. Aber dafür gibt es im politi-

schen Raum bisher kaum Verständnis. Etwas anderes kommt hinzu: Grünbauämter wollen bestimmte denkmalpflegerische Maßnahmen gar nicht umsetzen, weil sie dann für die Pflege zuständig wären, für die sie weder über Mittel noch Personal verfügen.

Ayrimaz: Deshalb ist es wichtig, Pflegepläne obligatorisch zu erstellen und dafür Geld bereitzustellen. Auch da sind wir im Neubaudenken gefangen. Statt Gebäude nach 30 oder spätestens 40 Jahren wirtschaftlich abzuschreiben, gilt es – wie bei Denkmälern – in anderen, viel längeren Zeiträumen zu denken.

Tietz: Obwohl die Denkmalpflege von Natur aus langfristig und nachhaltig agiert, werden Baudenkmale aktuell durch Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung bedroht.

Ayrimaz: Wir müssen sehen, dass wir das Thema Bestandsbau und Klimaschutz in der öffentlichen Debatte in Einklang bringen. Ich sage bewusst Bestandsbau und nicht nur Denkmale. Bei rund 30 Prozent des Bestandsbaus handelt es sich um besonders erhaltenswerte Bausubstanz. Wir müssen ein Instrument finden, dass diese Substanz nicht unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung durch gut gemeinte Energieeinsparmaßnahmen aus dem Stadtbild verschwindet. Wir sprechen hier über wichtige baukulturelle und identitätsstiftende Bauwerke. Zu diesem Thema sind wir übrigens im Gespräch mit dem Land Berlin und den Bezirken.

Tietz: Daran knüpft sich die Frage nach der Substanz an, an der sich für die Denkmalpflege der Denkmalwert festmacht. Gilt das auch für ein Bürohochhaus der 1960er-Jahre mit Blechfassade?

Wasmuth: In Tegel haben wir es nach langer Diskussion erreicht, dass die originalen Aluminiumbleche der Fassade erhalten bleiben und von innen aufgedämmt werden. Das ist ein großer Erfolg.

Ayrimaz: Der Umgang mit den Gebäuden der Nachkriegszeit, die naturgemäß ganz andere Anforderungen bei der Sanierung stellen, ist in der Tat eine der großen Herausforderungen.

Ich glaube nicht, dass es Standards im Umgang mit allen Arten von Bauwerken geben kann, auch wenn sich das viele wünschen. Was am Flughafen Tegel funktioniert, wird bei anderen Baudenkmalen nicht möglich sein. Diese Übertragbarkeit, die sich vor allem Bauherrinnen und Bauherren wünschen, wird es nicht geben.

Wasmuth: Das ist die These, dass jedes Denkmal ein Einzelfall ist.

Ayrlmaz: Es sind tatsächlich Einzelfälle. Die Frage ist, ob man ein Gerüst findet, anhand dessen man vorgehen kann. Wir entwickeln aktuell bei der Schlösserstiftung einen eigenen Leitfaden zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Es soll eine konkrete Arbeitshilfe werden. Wir werden sehen, was das bringen wird. Die Erfahrung zeigt aber, dass Maßnahmen nicht immer übertragbar sind. Bei den Gebäuden der Nachkriegsmoderne kommt hinzu, dass sie nicht mehr handwerklich durchrepariert werden können wie das bei historischen Gebäuden möglich ist.

Tietz: Könnte es nicht dennoch hilfreich sein, eine Art allgemeine Matrix zu schaffen, die hilft, im Umgang mit dem Bestand eine erste Grundeinschätzung zu formulieren? So etwas hat das Bundesamt für Denkmalpflege in Österreich vor einigen Jahren mit seinem Leitfaden versucht.

Wasmuth: Ich bin dafür, dass es so etwas gäbe. Ich denke aber, dass es auch Nachteile haben kann, denn die Aussage, dass jedes Denkmal ein Einzelfall darstellt, hätte in einer solchen Matrix nichts verloren. Ein Beispiel: Kastendoppelfenster sind in den 1990er- und 2000er-Jahren in Berlin immer rausgerissen worden. Daraufhin hat die Denkmalpflege gesagt, das geht so nicht, Kastendoppelfenster werden grundsätzlich erhalten. Nun kann es bei einem Denkmal dazu kommen, dass ich ein Kastendoppelfenster nicht erhalten kann, weil es zu kaputt ist oder es dahinter eine andere Nutzung gibt. Das kann die Matrix nicht berücksichtigen.

Ayrlmaz: Es gibt für manche Bereiche bereits gute Handlungsempfehlungen. Das Landesdenkmalamt Berlin beispielsweise hat einen Leitfaden für Verdunklungsmöglichkei-

ten bei Denkmälern herausgegeben. Ganz aktuell gibt es auch den Leitfaden für Solaranlagen. Das ist sehr hilfreich und man könnte es auf andere Fragestellungen ausdehnen. Man muss sich nur klar machen, dass vieles auf dem Markt in Bewegung ist und es immer neue Produkte gibt.

Wasmuth: Da würde ein Kompetenzzentrum helfen, wie ich es mir wünsche. Mehr solcher Leitfäden, mehr solcher Handlungsempfehlungen! Dann käme die Denkmalpflege auch von ihrem Image weg, diejenigen zu sein, die etwas verbieten. Stattdessen würde sie etwas anbieten und helfen.

Ayrlmaz: Sicher, aber ein solches Angebot kann ein Landesdenkmalamt nicht allein vorhalten. Ebenso gefragt sind Hochschulen und Architekturbüros, aber auch der Gesetzgeber. Beispielsweise wenn es um Materialien geht, die nicht in den Bauregellisten stehen, damit sie ohne aufwändige Zulassung im Einzelfall eingesetzt werden können. Derzeit versuche ich, dieses Problem bei einem Neubau für eine Lehmdecke zu lösen. Das ist eine generelle Herausforderung, nicht nur bei Denkmälern.

Wasmuth: Es gibt im Landesdenkmalamt ein riesiges Wissen über Methoden und Materialien. Dieses Wissen systematisch zu kommunizieren und nutzbar zu machen wäre toll. Bei der Mohrenkolonnade ging es beispielsweise darum, die Fundamente abzudichten. Also gut, dachte ich, graben wir auf und machen eine schwarze Abdichtung. Da sagt mir der Vertreter der Denkmalpflege, das kann man auch mit Lehm machen. Das hatte ich das erste Mal gehört. Und tatsächlich - man kann Lehm zum Abdichten nutzen. Andererseits haben wir im städtebaulichen Denkmalschutz in Berlin Jahr für Jahr 41 Millionen Euro für die Sanierung von tausenden Häusern ausgegeben. Aber es gab keine begleitende wissenschaftliche Dokumentation und Erforschung der Maßnahmen.

Tietz: Wer könnte diesen Wissenstransfer leisten? Die Landesämter haben dafür nicht die Kapazitäten.

Ayrlmaz: Wenn wir als Gesellschaft begreifen, dass der Bestand eine außergewöhnliche Ressource darstellt, dann wird auch das

Verständnis dafür wachsen, bestimmte Leistungen wie Bauforschung, Dokumentationen und Pflegepläne im Planungsbereich zu erstellen, sie in Datenbanken einzupflegen und zu aktualisieren. Ich glaube nicht an eine große Lösung, die von Universitäten und Institutionen angestoßen wird. Vielmehr denke ich, dass man Förderkulissen schaffen muss, um Veränderungen auf den Weg zu bringen. Investorinnen und Investoren werden sich erst dann mit diesen Fragen beschäftigen, wenn es dafür finanzielle Anreize gibt.

Tietz: Abschließend die Frage nach den vielen Abrissen in Berlin. Wie bekommt man das in den Griff, wenn beispielsweise selbst das Umweltbundesamt lieber ein Gebäude abreißt als es umzunutzen?

Ayrlmaz: Das ist ein besonders ärgerliches und trauriges Thema. Heute werden geschätzt 50.000 Gebäude jährlich abgerissen. Man hat zunehmend das Gefühl, dass weder bau- und soziokulturelle noch ökologische Aspekte dabei eine nennenswerte Rolle spielen. Ich rede hier von goldener und von grauer Energie. Bereits gebundenes CO₂ in Bestandsgebäuden spielt bei Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gar keine Rolle. Hier fordern wir verpflichtend eine Ökobilanzierung. Gerade wird auch das Generalshotel in Brandenburg abgerissen, das Bogensee-Ensemble soll abgerissen werden, das ehemalige Sport- und Erholungszentrum (SEZ). Man könnte die Aufzählung weiter fortführen. Das jüngste Beispiel in Berlin ist der Düttmannbau an der Urania. Weil sich die Sanierung angeblich nicht lohnt, wird er abgerissen. Bei einer Ökobilanzierung des Vorhabens würde die Rechnung ganz anders aussehen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, um Abrisse zu vermeiden und eine größere Würdigung des Bestandes zu erzeugen. Überall hört man Bestandserhalt und Bestandsentwicklung. Für meine Begriffe klafft zwischen dem, was aus allen politischen Lagern kommuniziert wird, und dem, was praktiziert wird, eine große Lücke. Dieses Problem bekommt man nur in den Griff, wenn man dafür eine größere Öffentlichkeit schafft. □

Der Weg zum digitalen Bauantrag ist (noch) ein Hindernisparcours

Nicole Reiß

Planerinnen und Planer sehen sich derzeit einer ganzen Reihe von Herausforderungen gegenüber. Eine davon ist die hohe Komplexität von Baugenehmigungsverfahren. Ein Weg zur Verbesserung dieses Prozesses wird häufig in der Digitalisierung des Antragswesens gesehen. In Berlin wurde zu diesem Zweck auf der Webseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen ein Online-Formular-Assistent eingerichtet, der die Online-Erstellung von Bauanträgen ermöglicht.

Um die Anwenderfreundlichkeit dieses Instruments zu prüfen, führte die Architektenkammer Berlin im Oktober und November 2023 eine kurze Befragung ihrer Mitglieder zum digitalen Bauantragsverfahren in Berlin durch, an der sich 442 Kammermitglieder beteiligten.

Erfahrungen mit dem Online-Formular-Assistenten haben bislang 40% der Befragten gemacht. Eine Mehrheit von 60% hat ihn noch nicht genutzt. Begründet wird dies vor allem damit, dass der Online-Formular-Assistent schlichtweg nicht bekannt oder die Nutzung noch nicht erforderlich war bzw. die Zeit zur Auseinandersetzung mit dem Assistenten fehlte.

Von den Befragten, die den Online-Formular-Assistenten bereits genutzt haben, konnten 74% die Antragstellung abschließen. Rund ein Viertel musste den Prozess demgegenüber abbrechen. Teils lagen nicht alle erforderlichen Unterlagen vor, teils gab es technische Probleme mit dem Server (je 38% der Abbrecher). 33% hatten Schwierigkeiten mit dem Ausfüllen des Formulars und bei 30% überschritten die hochzuladenden Dateien die zulässige Dateigröße.

Doch nicht nur Befragte, die die Antragstellung abbrechen mussten, berichten von Schwierigkeiten. 83% aller Befragten, die den Online-Formular-Assistenten schon einmal genutzt haben, sehen Verbesserungsbedarf.

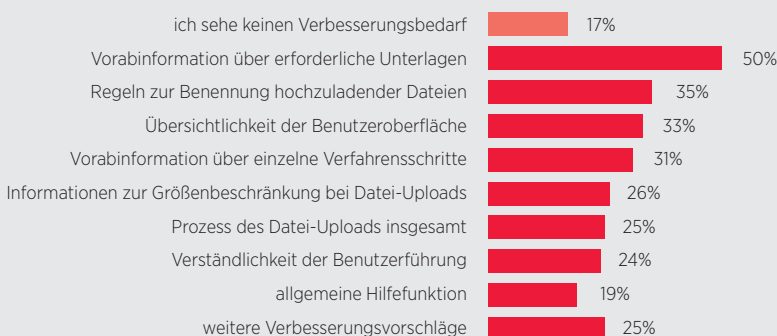
So wünschen sich 50% bessere Vorabinformationen über die für die Antragstellung erforderlichen Unterlagen. 31% fordern Vorabinformationen über die einzelnen Verfahrensschritte. Ein Drittel der Nutzerinnen und Nutzer des Online-Formular-Assistenten hält die Übersichtlichkeit der Benutzeroberfläche für verbesserungswürdig und rund ein Viertel wünscht sich eine verständlichere Benutzerführung. Optimierungspotenzial wird zudem bezogen auf den Datei-Upload gesehen, sowohl mit Blick auf die Benennung der Dateien (35%) als auch auf die geltenden Größenbeschränkungen (26%) bzw. den Upload-Prozess insgesamt (25%).

Gefragt nach konkreten Verbesserungsvorschlägen wünschen sich die Nutzerinnen und Nutzer des Online-Formular-Assistenten vor allem

- vollständige und allgemeinverständlich formulierte Vorabinformationen zu den benötigten Unterlagen für die Antragstellung und zum Ablauf des Antragsverfahrens,
- eine flexiblere Gestaltung des Antragsformulars mit uneingeschränkter Navigation innerhalb des Dokuments, der Möglichkeit des Überspringens noch ungeklärter Abschnitte,

- eine großzügigere bzw. keine Beschränkung beim Datei-Upload und nutzerfreundlichere Regeln zur Benennung von Dateien,
 - eine übersichtlichere Benutzeroberfläche mit ständig sichtbarem Inhaltsverzeichnis und einer Übersicht über noch fehlende Dokumente oder Angaben,
 - nach Antragsabgabe eine Einsicht in den Stand des Verfahrens, Informationen über Nachforderungen etc. und letztlich
 - die vollständige Umstellung des Antragswesens auf eine digitale Arbeitsweise anstelle des derzeitigen zweigleisigen Verfahrens (digital und analog). Voraussetzung hierfür sei jedoch zunächst das Angebot des Online-Formular-Assistenten in allen Bezirken und eine Nutzung des Assistenten auch durch die Behörden.
- Vorschläge, wie der Online-Formular-Assistent noch verbessert werden könnte, gibt es also genug. Die Architektenkammer Berlin nimmt diese jetzt als Diskussionsgrundlage für ein Gespräch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Referat eFachverfahren und Fachcontrolling Planungs- und Bauordnungsrecht. □

Bezogen auf welche der folgenden Aspekte sollte der Online-Formular-Assistent aus Ihrer Sicht noch verbessert werden?



Basis: nur Befragte, die Online-Formular-Assistenten bereits genutzt haben (N = 155)

Viele Schlaglichter, viele Perspektiven

Julia Blöser

Zukünftige und neue Mitglieder hat die Architektenkammer Berlin im Winter zu zwei Veranstaltungen eingeladen. Beim Alumni-Empfang am 28. November 2023 konnten Absolventinnen und Absolventen die Kammer kennenlernen, während am 25. Januar 2024 neu eingetragene Mitglieder begrüßt wurden. Vielseitig über den freien Beruf und das Privileg der Selbstverwaltung zu informieren, Fragen persönlich zu beantworten und eine Plattform für anregenden Austausch zu bieten eint beide Anlässe.



Einblicke in ihre Arbeiten gaben die Gewinner und die Gewinnerin des Hans-Schaefers Preises 2023 in Kurzinterviews, die von Vorstandsmitglied und Innenarchitektin Andrea Rausch moderiert wurden.

Wer oder was ist die Architektenkammer und was sind ihre Aufgaben? Was ist eine Selbstverwaltungskörperschaft und was sind die gesetzlichen Grundlagen? Das sind nur einige der Aspekte, denen beim Alumni-Empfang Ende November 2023 nachgegangen wurde. Rund 130 Berufseinsteigende der Fachrichtungen Architektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung folgten der Einladung zur Informationsveranstaltung. Im Fokus – bereits beim Auftakt durch die Präsidentin der Architektenkammer Berlin, Theresa Keilhacker: die Vorteile des freien Berufs und das Privileg der Selbstverwaltung. Das Programm, durch das Valeria Shchipitsyna und Paula Thorau von der Strategieguppe Newcomer führten, spannte den Bogen weit vom theoretischen Fundament bis zur beruflichen Praxis.

Wege zur Mitgliedschaft und Regularien zum Berufszugang zeigten der Vorsitzende vom Eintragungsausschuss, Thilo Herges sowie Torsten Förster, Geschäftsführer der Berliner Architektenkammer auf. Wie die Rentenversicherung für Kammermitglieder und

Hochschulabsolventen funktioniert, erklärte Stefan Thiele vom Versorgungswerk.

Welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, sich ehrenamtlich einzubringen, und wie unterschiedlich zudem die Berufsfelder sind, berichteten vier Gäste auf dem Podium. So gaben die Architektin und Geschäftsführerin von baukind Nathalie Dziobek-Bepler sowie der Architekt, Bauassessor, technischer Regierungsrat beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Florian Monka Einblicke in ihr Berufsleben und zugleich einen Eindruck davon, wie weit das Spektrum von freiberuflicher bis verbeamteter Tätigkeit reicht. Auch beim ehrenamtlichen Engagement in der Kammer ist die Bandbreite groß: Als Mitglied der Vertreterversammlung und zudem tätig im Ausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung berichtete die deutsch-französische Landschaftsarchitektin Laure Aubert aus der Praxis, ebenso Torsten Klafft, der sich als studierter Soziologe und Architekt beim Arbeitskreis Stadtentwicklung und Partizipation einbringt, während mit Philine Hornborstel und Paula Thorau zwei Anwärtinnen auf die Kammermitgliedschaft die Nachwuchs-Strategieguppe vorstellten.

Rascheln, Gemurmel und Lachen begleiteten die interaktive Umfrage, derweil anonymisierte bunte Balken, Kreise und Wortwolken vor den Augen aller auf der großen Leinwand entstanden. Bei der Frage, wer in die Architektenkammer eintreten möchte, zeigte das Diagramm 65 Prozent bei „Ja klar“, 17 Prozent bei „noch unentschlissen“, 9 Prozent sind schon Kammermitglieder, nur ein kleiner Prozentsatz sagte ad hoc „nein“, während 21 Prozent noch Fragen hatten.

Wie der Weg zur Mitgliedschaft in der Architektenkammer vorstättengeht, haben 100 Prozent der Gäste beim Begrüßungsempfang Ende Januar bereits selbst in Erfahrung gebracht. Die Architektenkammer Berlin ist im Jahr 2023 um mehr als 500 Mitglieder gewachsen. In den Räumen der Geschäftsstelle wurden die neu in die Architekten- und Stadtplanerliste Eingetragenen willkommen geheißen. Theresa Keilhacker begrüßte sie und stellte zusammen mit Valeria Shchipitsyna und Paula Thorau auf der Moderationsbühne die Gremien und Angebote der Kammer vor. Viele Perspektiven öffneten sich auch zu dieser Gelegenheit – nicht nur für Fortbildungen, Rechtsberatung & Co., sondern auch für das ehrenamtliche Engagement für kammer- und berufspolitische Fachthemen u. a. in Arbeitskreisen. Denn es gaben 15,6 Prozent bei einer Umfrage im Vorfeld an, sich ab sofort in der Kammer engagieren zu wollen und beeindruckende 72 Prozent konnten sich grundsätzlich vorstellen, sich ehrenamtlich einzubringen und so bei der Selbstverwaltung mitzuwirken.

In lockerer Atmosphäre bei kulinarischen Genüssen war anschließend ausgiebig Gelegenheit, die Menschen der Ausschüsse, Arbeitskreise und Referate sowie des Versorgungswerks kennenzulernen und weiterführende Fragen zu stellen. Auch der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen kam nicht zu kurz. Über 10.200 Mitglieder zählt die Berliner Kammer übrigens zum jetzigen Zeitpunkt – davon mehr als 55 Prozent mit dem Status angestellt/beamtet. □

Smart City ist für die Menschen

Ergebnisse des Kammerforums Smart Cities 2023

Mitglieder des Arbeitskreises Digitalisierung der Architektenkammer Berlin

Sechs Expertinnen und Experten beleuchteten das Thema aus verschiedenen Perspektiven und präsentierten in einem lebendigen und kompakten Pecha Kucha-Format. Dabei zeigte sich, dass Smart City eine Vielzahl unterschiedlichster Betrachtungsweisen, Prozesse und Projekte umfassen kann und weltweit unterschiedlich interpretiert wird. In Berlin liegt den laufenden Projekten nach zu urteilen ein Schwerpunkt im Bereich der Partizipation, der Aneignung öffentlichen Raums und dem Quartiersmanagement. Viele dieser Vorhaben unterstützen demokratische Teilhabe und sind damit auch Ausdruck des gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurses. Darüber hinaus rücken die Implementierung von KI-Methoden, die Wiederverwendung von Materialien und die Entwicklung neuer Quartiere als technologische urbane Zentren in den Fokus. Bei der lebhaften Veranstaltung tauschten sich die Teilnehmenden schließlich an sechs Arbeitstischen aus, die von Mitgliedern des Arbeitskreises Digitalisierung im Tandem mit den Vortragenden moderiert wurden. Die Arbeitstische fanden sich unter Überbegriffen zusammen, die die unterschiedlichen Aspekte der Smart City thematisch zusammenfassten:

Resiliente Stadt

Prof. Dr. Florian Koch stellte in seinem Vortrag die These auf: „K.O. durch KI: Komplexität, Abwägungen, Diskussionen, Kompromis-

se und Fehler sind Treiber von urbanen Innovationen und können durch Künstliche Intelligenz nicht abgebildet werden“. Das Konzept der resilienten Stadt soll in einer zunehmend dynamischen Welt die urbanen Räume widerstandsfähiger gegenüber Stressoren werden lassen. Dazu gehören im Wesentlichen Klimafaktoren und Siedlungsverhalten. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die Veränderungen der Innenstädte und die Bedeutung des öffentlichen Raums, aber auch die Mobilität zwischen Stadt und Land diskutiert und die Frage untersucht, inwiefern hier KI hilfreiche Unterstützung liefern kann. Es wurde zunächst festgestellt, dass die Digitalisierung sowohl Treiber von Veränderungsprozessen ist – was sich am veränderten Einkaufsverhalten und der Auswirkung auf den Einzelhandel festmachen lässt – als auch Teil der Lösung sein kann – beispielsweise durch den Einsatz von KI in der Datenanalyse zur Stadtentwicklung. Dabei wurde zwar die Gefahr ausschließlich datenbasierter Entscheidungen gesehen, jedoch müssen aus Sicht der Teilnehmenden auch zukünftig Menschen die letzten Entscheidungen treffen. Die Chancen von KI liegen demnach eher darin, dass sich durch Datenverarbeitung die Prozessqualität verbessern und die Arbeit erleichtern lässt. Eine resiliente Stadt zeichnet sich aus durch transparente Datennutzung, verbesserte Prozessqualitäten vor allem in der Verwaltung und eine gewisse Flexibilität mit eventuell neuen Leitbildern. Es gibt weiteren Bedarf an Definitionen und Abgrenzungen

der Begriffe Smart City und KI, zukünftig sollten die Schnittmengen und Alleinstellungsmerkmale klarer definiert sein.

Partizipative Stadt

Die Förderung von Partizipation und Kooperation wurde als ein wesentlicher Aspekt der Implementierung von Smart-City-Strategien hervorgehoben. Eine offene Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Planenden, einer Bauherrschaft, Gewerbetreibenden, Bewohnerinnen und Bewohnern, Verwaltung und Unternehmen soll demnach dazu beitragen, Herausforderungen und Risiken einer räumlichen und städtebaulichen Entwicklung zu erkennen und gemeinschaftlich adäquate Lösungsalternativen zu entwickeln und zu bewerten. Die in den Architektenkammern vertretenen Berufsgruppen nehmen in partizipativen Prozessen dabei unterschiedliche Rollen ein, einerseits als Implementierende von Partizipationsverfahren, die als neutrale Vermittelnde partizipative Prozesse orchestrieren, andererseits aber auch als Entwurfsverfassende, die sich ggf. einem kritischen Dialog ihrer Vorschläge zur räumlichen (Objekt-) Entwicklung stellen müssen. Dabei wurde betont, dass man zwar bei der Umsetzung von Smart-City-Strategien schnell an die Nutzung digitaler Werkzeuge und Methoden denkt, aber gerade in der Partizipation keine Bevölkerungsgruppe durch die Festlegung auf eine Partizipationsmethode frühzeitig ausgeschlossen werden darf. Die Gruppe befand, dass partizipative Methoden in der räumlichen Entwicklung den gesamten Instrumentenkasten von Reallaboren umfassen sollten, denn in diesen könne für einen begrenzten Zeitraum die Umsetzung eines Entwurfskonzeptes erprobt werden. Dies reiche bis hin zu digital gestützten Beteiligungsplattformen mit 2D/3D Visualisierungs- und Interaktions-

Bei der Veranstaltung haben mitgewirkt als Vortragende: Franziska Albrecht, Prof. Florian Koch, Dr. Niklas Kossow, Rolf Lührs, Dr. Stefan Höffken und Rolf Mienkus. Im Moderationstandem die Mitglieder aus dem Arbeitskreis Digitalisierung: Prof. Dr. Elke Mertens, Dr. Kai-Uwe Krause, Andreas Herschel, Yasser Almaamoun, Florian Scheible und Emanuel Lucke aus der Geschäftsstelle.



© Dr. Gloria Gaviria, Architektenkammer Berlin

Die Ergebnisse aus den Arbeitstischen wurden in das Plenum eingebracht.

angeboten, mit denen sich alternative Planungen interaktiv und unabhängig von On-Site Veranstaltungen beurteilen lassen.

Kooperative Stadt

Viele Planungsbüros experimentieren mit KI und sehen darin ein Werkzeug, um Prozesse zu beschleunigen, zu dynamisieren und mehr Freiheit für Kreativität zu schaffen. Für die Kooperative Stadt wurde die Chance gesehen, KI mit dem gigantischen Fundus digitalisierter Daten z. B. vergangener B-Plan-Aufstellungen, Projektentwicklungen, Beteiligungs- und Wettbewerbsverfahren sowie Entscheidungen, Bauanträgen und Urteilen zu trainieren. Das beinhaltet auch die zahlreichen Einwände, Stellungnahmen und Zielsetzungen aus Öffentlichkeit, Politik, Bauwirtschaft und Wissenschaft. Dadurch könnten Kooperationen in der Stadt besser erkannt, unterstützt, visualisiert und gefördert werden. Ziel wäre es, Varianten, Entscheidungen und Berechtigungen fundierter, effizienter und qualitativ besser vorbereiten zu können. Es wurde betont, dass Transparenz, Datenschutz und Freiheitsrechte jedoch durch klare Rahmenbedingungen gesichert werden müssen. Die Rollen für Planende in der Smart City wurden weiterhin ähnlich gesehen, nur komplexer in ihren Anforderungen. Dabei müssten Menschen immer die letzte Entscheidungshoheit behalten.

Nachhaltige Stadt

Auf Basis der Thesen von Dr. Stefan Höffken hat die Gruppe in der Diskussion drei Themenschwerpunkte im Zusammenhang mit der „Nachhaltigen Stadt“ betrachtet: SMART ENERGY – die Erhebung von Daten, um Energienetze effizienter und lokaler betreiben zu können und Energieengpässe durch

bessere Verteilung und Nutzung von Speichern (E-Autos) zu vermeiden, nachhaltiges Regenwassermanagement zu ermöglichen (Schwammstadt) und Nutzung der vorhandenen gebauten Ressourcen (Baustoffe, Bauteile) zu betreiben (Urban Mining). SMART MOBILITY – Nutzung von Daten für verbesserte Sharing-Dienste, Verbesserung der ÖPNV-Nutzung in Randlagen und nachts (intelligente Sammeltaxis). SMART LIVING – architektonische Innovationen, die „Wohnen und Arbeiten“ mit lokalen Orten im Quartier verbinden und Möglichkeiten der persönlichen Interaktion auf Basis von nachbarschaftlicher Vernetzung und Partizipation fördern (Quartiers-App). Dabei wurde festgehalten, dass nicht aus dem Blick geraten darf, dass Smart City, Digitalisierung und KI für sich allein gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern nur als Werkzeuge dazu beitragen können. Daten und Schnittstellen müssen transparent und öffentlich kontrollierbar bleiben (Open Data) – Bürgerinnen und Bürger entscheiden, welche Daten sie weitergeben wollen. Die Werkzeuge müssen barrierearm bleiben und auch für technisch weniger ambitionierte Menschen nutzbar sein.

Gemeinwohlorientierte Stadt

Aus den von Rolf Mienkus vorgestellten Thesen: „Smart ist nicht nur Digital“ und „Die Smart City bietet zukünftig mit Hilfe von Digitaltechnik ein deutlich verbessertes Maß an Lebensqualität“ konnten in der Diskussionsrunde verschiedene Aspekte der Smart City betrachtet werden. Allerdings hat die Definition einer gemeinwohlorientierten Stadt viele Facetten und scheint oft nicht ganz intuitiv zu sein, von Mehrwert, Verantwortung und Nutzerorientierung bis hin zu Gesetzen und

Paragrafen, die diese möglich machen. Die Schwarmintelligenz und die Transparenz der Smart City könnten planenden Personen bei der Gestaltung sehr gut helfen. Schnellere Abläufe, Effizienz und die Erweiterung des eigenen Toolsets verbessern das Arbeitsumfeld und lassen im Arbeitsprozess Zeit für das Wesentliche.

Umweltfreundliche Stadt

Das Umdenken hin zu innovativen und nachhaltigen Bauweisen ist bereits voll im Gange und es besteht eine große Bereitschaft, sich auf ReUse einzulassen. Diese Ausgangsbasis stellte die Diskussionsgruppe der Erkenntnis gegenüber, dass es noch eine Fülle von Vorbehalten gibt, denn die Wiederverwendung von Baustoffen und Bauprodukten scheitert schnell an der Verfügbarkeit und an Schadstoffen. Dies führt offenbar zu kostenintensiven und zeitraubenden Prozessen, die das Vorhaben schon in der Startphase scheitern lassen können.

Bedenken wurden auch hinsichtlich Aspekten der Datensicherheit erhoben. Im Kern ging es dabei um die Frage, welche Daten elementar für erfolgreiche ReUse-Prozesse sind und ob unter Berücksichtigung von Bedürfnissen des Datenschutzes eine ausreichende Datenbasis der Smart City geschaffen werden könne. Als Erfolgsfaktor für die umweltfreundliche Stadt wurde daher die Verfügbarkeit von Daten über Produkte und Stoffe angesehen, womit gerade in einem Baustoffkataster große Chancen gesehen wurden. Ungeklärt blieb dagegen vorerst die Frage, wie die Informationen mit geringem Aufwand in den Planungsprozess integriert werden können. Die Entwicklung und Einübung von Arbeitsabläufen, Informationswegen und Bauprozessen wurde als eine wesentliche Aufgabe für die nächste Zukunft gesehen.

Neben einer guten Datenbasis wurden zudem die Möglichkeit flexibleren Umgangs mit Normen und Verordnungen als Erfolgsfaktor angesehen. Eine Kernfunktion käme in dem Veränderungsprozess der Planerschaft zu: Sie muss ReUse als ihre Aufgabe begreifen und bei der Auftraggeberseite bereits zu Projektbeginn hierfür werben und sich in der Planung auf die Anforderungen einlassen. □

Die Beratungsstelle Barrierefreies Bauen in Berlin läuft weiter

Mehr als kostenfreie Beratung – fortlaufender Einsatz für eine inklusive Baukultur



Die Beratungsstelle Barrierefreies Bauen steht auch die nächsten drei Jahre für Anfragen zur Verfügung. Darauf haben sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und die Architektenkammer Berlin verständigt.

Das Projekt bündelt die Expertise der beiden Kooperationspartnerinnen und ihr Engagement für die Förderung menschlicher Vielfalt im Sinne des „Design for all“. Konkret besteht das Angebot aus einer einstündigen, kostenfreien Beratung pro Bauvorhaben und richtet sich sowohl an Planende als auch an andere am Bau Beteiligte in Berlin.

Der 2021 initiierte Beratungsservice hat sich inzwischen etabliert – durch praxisnahe Empfehlungen, die für mehr Planungssicherheit in Fragen der Barrierefreiheit sorgen. Ratsuchende haben das kostenlose Angebot in Anspruch genommen, um sich über Mindestanforderungen an die bauliche Barrierefreiheit zu informieren und mit Hilfe von Expertinnen und Experten Möglichkeiten der Umsetzung auszuloten. Laufende Evaluierungen unterstreichen die hohe Akzeptanz: Rund 90 Prozent der Ratsuchenden geben an, mit der erhaltenen Beratung „sehr zufrieden“ zu sein.

Über die unmittelbare Beratung hinaus geht es darum, das Bewusstsein für eine barrierefreie Planung zu schärfen. Durch die Teilnahme an zentralen Veranstaltungen zur Barrierefreiheit wie etwa der „Regionalkonferenz: Inklusiv Gestalten“ und der „Inklusionstage“ setzt sich die Beratungsstelle für eine inklusive Baukultur mit nachhaltiger Wirkung und Mehrwert für alle Nutzenden ein. Das Projekt wird auch in den nächsten drei Jahren Empfehlungen als „Hilfe zur Selbsthilfe“ liefern und eine inklusive, nachhaltige Zukunft mitgestalten. □



Das Team der Beratungsstelle Barrierefreies Bauen

„Es ist sehr lobenswert, dass es diese Beratungsstelle gibt und man mit den Fragen die Bedenken zu einem frühen Zeitpunkt (unseres Planungsstandes) schon klären und somit auch einarbeiten kann.“

„Die für uns relevanten Punkte wurden geklärt bzw. eine Strategie zum Umgang damit erarbeitet. Auf die Anforderungen wurde hingewiesen und bei Bedarf wurden sie umfänglich erläutert. Es wurden möglich Konflikte aufgezeigt und auch gleich mögliche Lösungen, sehr praxisbezogen.“

Feedback der Ratsuchenden

„Nicht eindeutig geregelte Situation wurde von allen Seiten beleuchtet und bewertet. Es wurden nicht nur Anforderungen besprochen, sondern auch wie sich diese über verschiedene Mittel umsetzen lassen. Auch wenn es ein kompliziertes Thema war, das sich nicht mit „Ja oder Nein“ beantworten ließ, wurden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt. Die Organisation war sehr einfach.“

„Sehr gute Gelegenheit einen Überblick über die Grundlagen der Thematik zu bekommen und einige konkrete Punkte zu klären.“

Weitere Informationen zum Angebot

- ✉ ak-berlin.de/stadtentwicklung-berlin-barrierefreies-bauen
- ✉ ak-berlin.de/beratungsstelle-barrierefreies-bauen

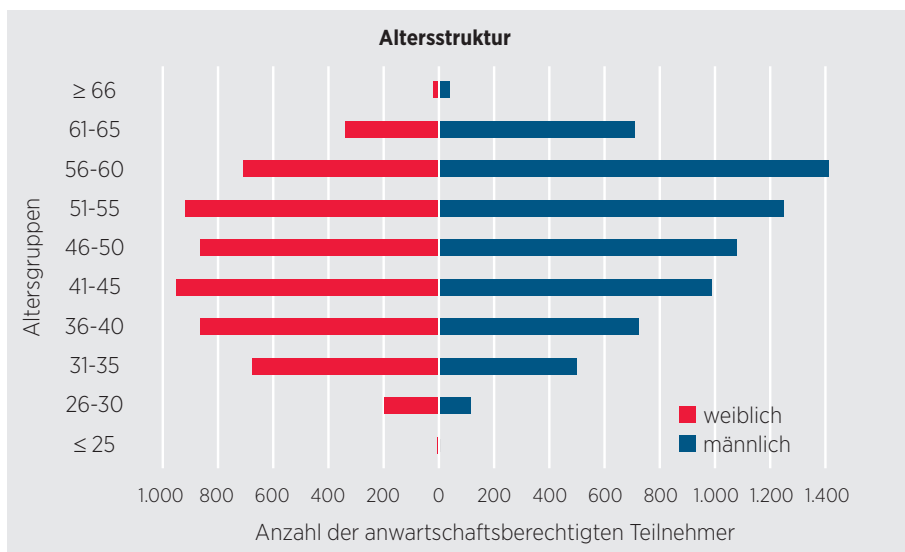
Mitteilung zum Versorgungswerk

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

die Delegiertenversammlung des Versorgungswerkes hat in ihrer Sitzung am 10. Oktober 2023 den Geschäftsbericht nebst Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang (Jahres- bzw. Rechnungsabschluss) für das Geschäftsjahr 2022 des Versorgungswerkes der Architektenkammer Berlin in der Fassung des geprüften Geschäftsberichtes vom 27. Juni 2023 festgestellt. Dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Das Versorgungswerk hat trotz eines wirtschaftlich schwierigen Umfeldes das Geschäftsjahr 2022 mit einem erfreulichen Ergebnis abgeschlossen. Es verzeichnete 347 Neuzugänge. 40,5 Prozent der Anwärter sind bis zu 45 Jahre alt. Der Anteil der weiblichen Teilnehmer am anwartschaftsberechtigten Teilnehmerbestand stieg weiter an und beträgt 44,8 Prozent.

Die Beitragseinnahmen in 2022 erhöhten sich um 5,2 Prozent auf 106,9 Mio. EUR. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Zunahme der beitragspflichtigen Teilnehmer



und die Erhöhung der Zahlungen von freiwilligen Beiträgen zurückzuführen.

Der Verwaltungskostensatz, der in Prozent der eingenommenen Versorgungsbeiträge ausgewiesen wird, betrug 1,16 Prozent.

Das Kapitalanlagevermögen des Versorgungswerkes ist von 1.462,0 Mio. Euro im Jahr 2021 auf 1.616,7 Mio. Euro gestiegen. Die Nettoverzinsung betrug 4,05 Prozent.

Der Aufsichtsrat und die Delegiertenversammlung des Versorgungswerkes haben beschlossen, die Renten und Anwartschaften zum 1. Januar 2024 um 2 Prozent zu dynamisieren. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass in den Anwartschaften bereits ein Rechnungszins von 4 Prozent berücksichtigt ist. Gleichzeitig wurden die Reserven gestärkt, um für volatile Kapitalmarktphasen gerüstet zu sein. Die Beschlüsse müssen noch von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Das Versorgungswerk ist bestmöglich vorbereitet, hat vorausschauend Reserven gebildet, Absicherungsstrategien implementiert, um Verluste zu minimieren und ist in der Kapitalanlage breit diversifiziert, um auch wirtschaftlich schwierige Jahre verkraften zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Versorgungswerk der
Architektenkammer Berlin
Die Vorsitzende des Aufsichtsrates
gez. Dorothee Dubrau

Save the Date

Strategietag 2024

Der Strategietag Newcomer bietet zum dritten Mal ein lebendiges Format für einen generationenübergreifenden Austausch auf Augenhöhe.

In Workshops, kurzen Inputs und konstruktiven Diskussionen wollen wir uns den aktuellen Problemen und Fragen stellen, die sich aus der Veränderung der wirtschaftlichen Lage für Architekturschaffende ergeben.

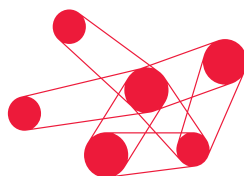
Studierende, junge Planende, Kammermitglieder und Interessierte sind eingeladen, gemeinsame Visionen zu entwickeln und Strategien zu identifizieren, um an der Krise als Berufsstand (hoffentlich auch) zu wachsen.

Termin: Samstag, 20. April 2024, 10 bis 15 Uhr

Ort: Architektenkammer Berlin

Weitere Information und Anmeldung

 ak-berlin.de/newcomer



NETZWERK
NEWCOMER

Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“

16. März bis 13. April 2024 im Living Berlin

Bereits zum 25. Mal zeigen Mitglieder der Architektenkammer Berlin in der Ausstellung „da! Architektur in und aus Berlin“ herausragende Projekte in Berlin, in ganz Deutschland und in aller Welt. Ein unabhängiges siebenköpfiges Gremium hat aus vielen eingereichten Projekten 60 ausgewählt, allesamt beispielhafte Projekte, die von Berliner Kammermitgliedern weltweit konzipiert und realisiert wurden und die nun in der am 15. März 2024 im Living Berlin eröffnenden Ausstellung und im neu im Buchhandel erscheinenden Jahrbuch zu sehen sind. Das Gremium war begeistert von der Vielfalt der Einreichungen, von neuen Ansätzen und Ideen zur Transformation und ist sich einig: „Die getroffene Auswahl präsentiert anschaulich die aktuellen Aufgaben Architekturschaffender.“

Ausstellung: 16. März bis 13. April 2023, Mo–Sa, 10.00–19.00 Uhr
Ort: Living Berlin, Kantstraße 17, 10623 Berlin
Eintritt frei



© Boris Trenkel

Ausstellungseröffnung:

Freitag, 15. März 2024, 19.00 Uhr im Living Berlin

Anmeldung unter

 ak-berlin.de/da-opening

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Sitzung des Eintragungsausschusses am 21. Dezember 2023

In die Architektenliste des Landes Berlin wurden eingetragen:

Freischaffende Architektinnen und freischaffende Architekten (gesamt 3)

Dipl.-Ing. Eva Krapf

Dipl.-Ing. Julia Tüllmann

Prof. ir. Jacob van Rijs

Architektinnen und Architekten (gesamt 21*)

Dipl.-Ing. Nikolaus Dohrn

M.Eng. Mihai-Sorin Gheorghiu

Dipl.-Ing. MA Christoph Henschel

M.Sc. Isabelle Ihl

M.Sc. Jonas Käckenmester

M.Sc. Philippa König

B.Arch. Eimear O’Gorman

Arq. Iris Pablo Garcia

Dr. Luca Pitasi-Oliveri

M.Sc. Thomas Pracht

M.Sc. Vera Reimann

Dipl.-Ing. Monika Röser

M.Sc. Janis Rösner

Dipl.-Ing. FH Enrique Sanz Segura

Dipl.-Ing. Oliver Scheffler

M.A. Nova Schelpmeier

Dipl.-Ing. Valentin Schmid

Dipl.-Ing. Hagen Schmidt

M.Sc. Nina Wester

Freischaffende Innenarchitektinnen und freischaffende Innenarchitekten (gesamt 1)

Dipl.-Des. (FH) Christina Charlotte Schawe

Innenarchitektinnen und Innenarchitekten (gesamt 5*)

Dipl.-Ing., M.Sc. Sabine Eggers

Dipl.-Ing. (FH) Ilana Hofmann

M.A. Sylvia Thys

B.A. Daniela Wachsmann

Es wurden folgende Löschungen vorgenommen:

Freischaffende Architektinnen und freischaffende Architekten (gesamt 4)

Dipl.-Ing. (FH) Katharina Göx

Dipl.-Ing. (FH) Sascha Göx

William Ringsdorf

Dipl.-Ing. Christian Zaulich

Architektinnen und Architekten (gesamt 11*)

M.Sc. M.Arch. Madeleine Appelros

M.A. Nancy Günther

dott. Lorenzo Sacco

Dipl.-Ing. (FH) Henry Sauerbier

M.Sc. Sandra Schumacher-Azza

Dipl.-Ing. Ute Tuchen

Dipl.-Ing. Gottfried Uhlmann

M.Arch. Benedikt Wieser

Innenarchitektinnen und Innenarchitekten (gesamt 1)

M.A. Nina Krass

Stadtplanerinnen und Stadtplaner (gesamt 1)

Dipl.-Ing. Matthias Rogge

* Die nicht aufgeführten Neumitglieder bzw. gelöschten Mitglieder haben der Veröffentlichung nicht zugestimmt.

Europawahl 2024 – Berlin, Brüssel, Straßburg – Was wird wann und wo entschieden?

Gespräch zur Europawahl



Anfang Juni werden die 705 Sitze des Europäischen Parlaments neu vergeben, zurzeit stellt Deutschland 96 Abgeordnete. Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte EU-Organ und eine der größten demokratischen Versammlungen der Welt. Wie wichtig es ist, dass auf europäischer Ebene kluge, starke und sachkundige Politikerinnen und Politiker agieren, ist angesichts multipler Krisen und aktueller Herausforderungen selbsterklärend. Europäische Themen prägen auch das Bauen und die Berufsausübung in Berlin.

Ein europapolitisches Gespräch am 21. März 2024 von Vorstand, Vertreterversammlung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Berufsverbände, Initiativen und Institutionen mit Berliner Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl 2024 nimmt diese komplexe und oft abstrakte Gemengelage in den Blick. Es gilt, frühzeitig berufspolitische Positionen und Erwartungen zu vermitteln und das Verständnis für aktuelle Probleme des Berufsstandes zu schärfen. Themen aus den Bereichen Wohnen, Nachhaltigkeit im Planen und Bauen, Ausbildung, Berufsausübung und Verantwortung der öffentlichen Hand für das Bauen gibt es genug. Es geht darum, zu vermitteln, wie die großen europäischen Herausforderungen: Migration, Demographie, Klimawandel, Energiewende und Digitalisierung den Alltag auch hier in Berlin prägen und welche Rahmenbedingungen gutes Planen braucht.

Zu dem Gespräch lädt die Architektenkammer Berlin gemeinsam mit der Bundesarchitektenkammer BAK ein. Die BAK vertritt neben nationalen auch europapolitische Positionen für den Berufsstand und ist entsprechend mit einem Büro in Brüssel präsent. Passender Gesprächsort ist die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland – quasi das Gegenstück zum neu zu wählenden europäischen Parlament. Ruth Schagemann, Präsidentin des Architects' Council of Europe (ACE), Michael Stein, Mitglied der Vertreterversammlung und von 2019 bis 2021 Präsident des European Council of Spatial Planners (ECTP-CEU) sowie Wiebke

Ahues für den Vorstand der Architektenkammer Berlin werden sich bei den Kandidatinnen und Kandidaten Gehör verschaffen und versuchen, die berühmten dicken europäischen Bretter möglichst tief anzubohren. □

Stadt der Zukunft – Gespräch zur Europawahl

Donnerstag, 21. März 2024, 18.00 Uhr
Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Anmeldungen (begrenzt Platzangebot).

📩 ak-berlin.de/Europa

Klimaschutzpartner des Jahres 2024



Die Architektenkammer Berlin ist Kooperationspartnerin des Wettbewerbs „Klimaschutzpartner des Jahres 2024“. Unternehmen, Bürger und öffentliche Einrichtungen können sich bis zum 12. April 2024 für die Auszeichnung bewerben. Gesucht werden zukunftsweisende Projekte und Vorhaben, die einen Beitrag zu mehr Klimaschutz in Berlin leisten.

Die Vorhaben müssen dabei vor allem eine deutliche Reduktion der Umweltbelastung herbeiführen oder zu einer nachhaltigen Wissensvermittlung und Aufklärung zum Thema Klimaschutz beitragen. Der Klimaschutzpartner-Preis wird am 15. Mai 2024 im Rahmen der Berliner Energietage in drei Kategorien vergeben: realisierte Projekte, innovative Planungen und Projekte öffentlicher Einrichtungen.

Alle eingereichten Bewerbungen werden am Veranstaltungstag im Ludwig Erhard Haus ausgestellt. Die Gewinner haben die Möglichkeit, ihr Projekt im Rahmen der Preisverleihung dem Publikum aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vorzustellen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

📩 klimaschutzpartner-berlin.de

Seminare und Veranstaltungen der Architektenkammer Berlin

| Datum | Ort | Veranstaltungen und Referentinnen/Referenten | Veranstaltung | Gebühr |
|---|--|--|---|---|
| Mittwoch, 6. März 2024, 9.00 bis 16.30 Uhr | Architektenkammer Berlin | Krisenmanagement in Architekturbüros Dr. Fabian Klein und Dr.-Ing. Lucas Tibes | Seminar (8 UE) | 135 Euro Mitglieder 135 Euro Absolv. 270 Euro Gäste |
| 4 × Mittwoch, 6./13./20. März und 10. April 2024, Beginn jeweils 9.00 Uhr | Online-Seminarreihe (jedes Modul kann einzeln gebucht werden) | Besser bilanzieren: Berliner Eingriffsregelung Modul 1 bis 4: Ausführliches Verfahren, Verfahren mit Kostenäquivalenten, Erweiterungsset Maßnahmenräume, Schnittstelle Waldleitfaden Dipl.-Ing. Britta Deiwick, Garten- und Landschafts- architektin | Seminarreihe (18 UE) | Pro Modul: 90 Euro Mitglieder 90 Euro Absolv. 180 Euro Gäste |
| 2 × Dienstag, 12. / 19. März 2024, jeweils 10.00 bis 17.30 Uhr | Online-Seminar | Ökobilanzierung gemäß dem Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG) für Nichtwohngebäude (Info: Online-Seminar für Wohngebäude am 9./16.4.2024) Dr. Viola John und Duygu Yüccetas, beide ee concept GmbH | Seminar (16 UE) | 490 Euro Mitglieder 490 Euro Absolv. 980 Euro Gäste |
| Dienstag, 12. März 2024, 9.00 bis 16.30 Uhr | Architektenkammer Berlin | Artenschutz in der Bauleitplanung Dipl.-Ing. Klaus Müller-Pfannenstiel, BDLA | Seminar (8 UE) | 135 Euro Mitglieder 135 Euro Absolv. 270 Euro Gäste |
| Mittwoch, 13. März 2024, 9.00 bis 16.30 Uhr | Architektenkammer Berlin | Preisentwicklung am Bau – Folgen für Verträge und Honorare Dr. Fabian Klein und Dr.-Ing. Lucas Tibes | Seminar (8 UE) | 135 Euro Mitglieder 135 Euro Absolv. 270 Euro Gäste |
| Donnerstag, 14. März 2024, 13.00 bis 18.00 Uhr | Architektenkammer Berlin | Wettbewerb- und Vergabedialog Wie weiter unter den Bedingungen? Zwischen Vergabealltag und Baukultur. Aus- und Schulterblicke | Diskussions- veranstaltung (5 UE) | Kostenfrei |
| Donnerstag, 14. März 2024, 9.00 bis 17.00 Uhr | Online-Seminar | Architektur im Wandel: Nachhaltiges Bauen überzeugend vertreten Dipl.-Ing. Matthias Bankwitz und Katja Hofmann | Seminar (8 UE) | 135 Euro Mitglieder 135 Euro Absolv. 270 Euro Gäste |
| Freitag, 15. März 2024 | Living Berlin Kantstraße 17 10623 Berlin | Eröffnung Ausstellung da! Architektur in und aus Berlin | Ausstellung | Eintritt frei nach Anmeldung |
| 16. März bis 13. April 2024, Mo bis Sa 10.00 bis 19.00 Uhr | Living Berlin Kantstraße 17 10623 Berlin | Ausstellung da! Architektur in und aus Berlin | Ausstellung | Eintritt frei |
| Montag, 18. März 2024, 9.00 bis 16.30 Uhr | Architektenkammer Berlin | Neuerungen zur Bundesförderung effizienter Gebäude (BEG) – Anforderungen an die energetische Gebäudesanierung Dipl.-Ing. Stefan Horschler | Seminar (8 UE) | 135 Euro Mitglieder 135 Euro Absolv. 270 Euro Gäste |
| Montag, 18. März 2024, 17.00 bis 20.30 Uhr | Architektenkammer Berlin | Bauwende_konkret: Integrales Planen und Denken als Schlüsselqualifikation des nachhaltigen Planens und Bauens Weitere Module „Bauwende_konkret“ am 5./19. und 26.6.2024 Verschiedene Dozentinnen und Dozenten | Seminar (4 UE) | 80 Euro Mitglieder 80 Euro Absolv. 160 Euro Gäste |

Ausführliche Informationen finden Sie unter ak-berlin.de/seminare oder Sie fordern diese telefonisch in der Geschäftsstelle an: (030) 29 33 07-0.